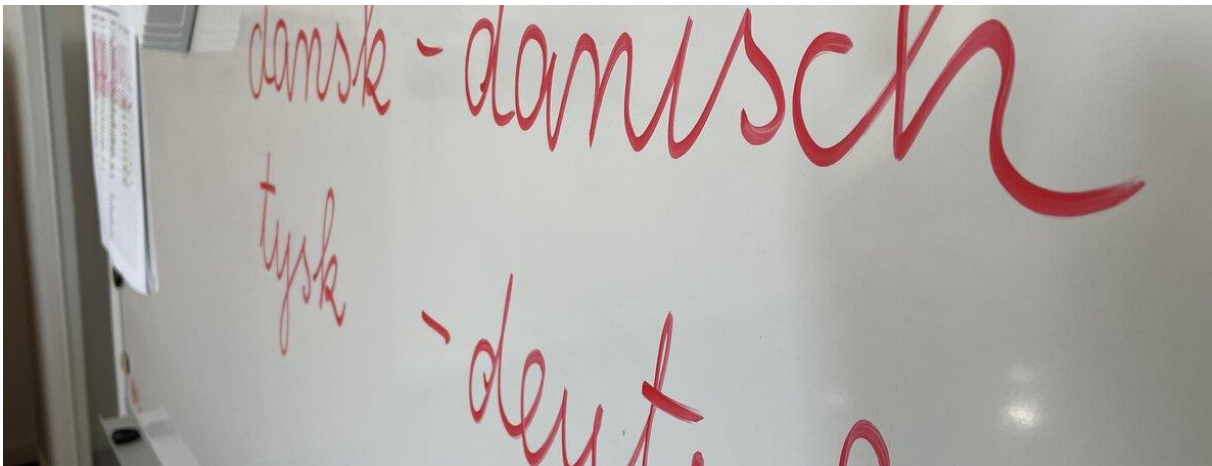


Deutsche Minderheit

BDN setzt auf pragmatische Lösung bei Sprachencharta



Wichtige Informationen auf Deutsch, zum Beispiel über NemID oder MitID – das ist einer der Wünsche der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Foto: Jan Peters

Bei einem Treffen mit den dänischen Ministerien und Behörden hat der Bund Deutscher Nordschleswiger unter anderem deutlich gemacht, dass es bei der Umsetzung der Sprachencharta nicht darum geht, alles auf Deutsch zu übersetzen, sondern sich auf zentrale Punkte zu konzentrieren.

Die sprachpolitische Arbeitsgruppe des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) hatte einige Ideen im Gepäck, wie Dänemark weitere Punkte der Sprachencharta erfüllen kann, als sie sich am Freitag in Kopenhagen mit Vertreterinnen und Vertretern der dänischen Ministerien und Behörden traf.

Sprachencharta in Dänemark

Die Europäische Sprachencharta enthält 68 Maßnahmen, wie Regional- und Minderheitensprachen geschützt und gepflegt werden können.

Was die Umsetzung der Charta angeht, spielt Dänemark keine Vorreiterrolle, sondern bildet eher das Schlusslicht. Dänemark hat 37 der Bestimmungen übernommen und hält damit die Charta so gerade eben ein. Die Staaten haben sich verpflichtet, mindestens 35 der Maßnahmen umzusetzen.

Zum Vergleich hat Rumänien 58 Verpflichtungen für Deutsch übernommen; in der Slowakei sind es 49, in Ungarn 45 und in der Ukraine 42.

Die Sprachengruppe, bestehend aus BDN-Kommunikationschef und Leiter des Sekretariats der deutschen Minderheit in Kopenhagen, Harro Hallmann, BDN-Generalsekretär Uwe Jessen, Schulrätin Anke Tästensen, Gwyn Nissen, Chefredakteur des „Nordschleswiger“, sowie Büchereidirektorin Claudia Knauer und SP-Parteisekretärin Ruth Candussi, stellten ihre Anliegen vor.

Anwesend bei dem Treffen waren etwa Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kultur-, Außen-, Unterrichts- und Justizministerium sowie der Steuer- und Digitalisierungsbehörde.

Nachdem BDN-Kommunikationschef Harro Hallmann einen Einblick in die deutsche Minderheit gegeben hatte, präsentierte die Sprachengruppe aus Nordschleswig ihre Wünsche für die Nachberufung neuer Punkte. Generalsekretär Uwe Jessen verwies außerdem auf die Parallelität im Grenzland. Der schleswig-holsteinische Landtag hat aus eigener Initiative neue Punkte für Dänisch in Deutschland aufgenommen.

Im Bereich des Bildungswesens verwies Schulrätin Anke Tästensen darauf, dass die deutschen Schulen zwar mit den dänischen Volksschulen gleichgestellt seien, aber das gelte nicht für das deutsche Gymnasium. Das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig erhält wie andere private Gymnasien 85 Prozent des Staatszuschusses. Während deutsche Schulen mit den dänischen Volksschulen gleichgestellt sind, wird das deutsche Gymnasium nur mit 85 Prozent gefördert.

Der BDN machte auf den Bedarf aufmerksam, dass Behörden bei Informationen die deutsche Sprache häufiger einsetzen sollten – sowohl lokal, regional und überregional. Die dänische Steuerbehörde sei ein gutes Beispiel dafür, dass es funktioniere. Auch im Justizbereich werden bereits deutsch-dänische Dolmetscherinnen und Dolmetscher zur Verfügung gestellt.

Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen

- *Die Sprachencharta wurde im Rahmen des Europarats erarbeitet.*
- *Dänemark hat die Charta am 1. Januar 2001 ratifiziert. Sie gilt für Deutsch in Nordschleswig.*
- *Die Charta sieht den „Schutz und die Förderung der geschichtlich gewachsenen Regional- und Minderheitensprachen Europas vor. Ihre Ausarbeitung war zum einen gerechtfertigt durch das Bemühen, die kulturellen Traditionen und das Kulturerbe Europas zu erhalten und weiterzuentwickeln, und zum anderen durch die Achtung des unverzichtbaren und allgemein anerkannten Rechtes, im öffentlichen Leben und im privaten Bereich eine Regional- oder Minderheitensprache zu gebrauchen.“*

Quellen: Europäischer Rat, BDN

Wichtig dabei sei vor allem, dass Deutsch in Nordschleswig nicht als Fremdsprache angesehen werde, so der BDN. „Es ist allerdings auch nicht der Wunsch der Minderheit, dass Deutsch in Nordschleswig Amtssprache sein soll“, so Harro Hallmann. Viel mehr ginge es darum, zum Beispiel deutsche Satzungen abzugeben, wenn diese von Behörden verlangt werden oder Briefe auf Deutsch an die Behörden schicken zu können, und Antworten dann ebenfalls auf Deutsch zu bekommen. „Auch im Bereich der Digitalisierung gibt es Nachholbedarf. Wir wollen nicht, dass alles auf Deutsch übersetzt wird, aber dass zentrale Dokumente wie etwa zum Thema NemID oder MitID auf Deutsch zur Verfügung stehen“, so der Kommunikationschef. „Wir brauchen pragmatische Lösungen.“

Einsatz notwendig

Nach dem ersten Treffen dieser Art war Harro Hallmann zufrieden: „Die Atmosphäre war sehr gut, die Teilnehmenden haben verstanden, worum es geht und dass weiterer Einsatz nötig ist.“

Im nächsten Schritt wird die Sprachengruppe ein Papier ausarbeiten, an welchen Punkten in Bezug auf die Umsetzung der Sprachencharta nachgebessert werden kann. Dieses soll dann als Arbeitsgrundlage für die Ministerien und Behörden dienen. Für die Erstellung des Papiers veranschlagt Harro Hallmann ein Jahr und für die politische Bearbeitung weitere 12 Monate.